





Landesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE Berlin

Keine Zerschlagung der S-Bahn

Die Arbeitnehmer*innenorganisationen der drei Berliner Koalitionsparteien, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD, die Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb&Gewerkschaft (DIE LINKE) und GewerkschaftsGrün (DIE GRÜNEN) kritisieren die am 12. November vom Senat beschlossenen Eckpunkte zur Vergabe von S-Bahn-Strecken Wir teilen die Befürchtung der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, EVG, dass mit diesem Ausschreibungskonzept erhebliche Nachteile für die Beschäftigten der S-Bahn und für die Fahrgäste in Berlin und Brandenburg drohen. AfA, GewerkschaftsGrün und Betrieb&Gewerkschaft fordern deshalb, die Eckpunkte in Abstimmung mit der neuen Brandenburger Landesregierung umzugestalten:

- Die Weiterbeschäftigung aller betroffenen Arbeitnehmer*innen der S-Bahn-GmbH unter den aktuell bestehenden Arbeits- und Sozialbedingungen (nach bestehendem EVG-Tarifvertrag, der für alle Beschäftigtengruppen gilt) muss garantiert werden. Mögliche neue Betreiber müssen hierauf verpflichtet werden. Die Beschäftigungssicherung muss als soziales Kriterium in die Bewertung der Angebote einfließen.
- Durch unterschiedliche Betreiber der S-Bahn-Strecken droht Chaos durch fehlende Abstimmung. Schon bei Ausschreibung muss festgelegt werden, dass die Bewerber ein solides Konzept für den Umgang mit den Schnittstellen zwischen den Strecken vorlegen müssen. Dies muss zudem ein hohes Gewicht bei der Bewertung der Angebote erhalten.
- Wir lehnen eine Verpflichtung der Bewerber ab, auf Kosten der Länder Berlin und Brandenburg eine neue Betriebsstätte zu errichten, selbst wenn ein Bewerber bereits über Werkstätten verfügt. Dies ist eine indirekte Subventionierung privater Bewerber und Verschwendung öffentlicher Mittel.
- Grundsätzlich lehnen wir die Ausschreibung der S-Bahn und insbesondere die Ausschreibung von Teilstrecken ab. Wir wollen keine Privatisierung auf Kosten von Beschäftigten und Fahrgästen. Der S-Bahn-Betrieb muss aus einer Hand erfolgen. Wir fordern deshalb das Abgeordnetenhaus und den Senat auf, durch eine Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass das Bundesgesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) so geändert wird, dass eine Direktvergabe an die S-Bahn Berlin GmbH möglich wird.

Betrieb & Gewerkschaft

Landesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE Berlin Sprecher/innen: Karen Balke, Olaf Klenke, Damiano Valgolio und Ralf Rippel c/o DIE LINKE. Berlin Markleine Alexanderstraße 28 Marklein 10178 Berlin ag.bug@die-linke-berlin.de

c/o SPD Berlin Müllerstraße 163 13353 Berlin kontakt@spd-afa-berlin.de